



Hauptausgabe

Neue Luzerner Zeitung
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 73'088
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.217
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 3
Fläche: 75'789 mm²

«Restrisiko lässt sich nicht vermeiden»



Für die Beurteilung des Sicherheitsrisikos von Asylbewerbern ist der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) zuständig. Im Bild: Ein Asylbewerber gibt seinen Fingerabdruck beim Personal des Grenzwachcorps in Chiasso ab.
Keystone/TI-PRESS/Benedetto Gali

TERRORISMUS Der Bundesrat sieht eine Gefahr, dass Terroristen als Flüchtlinge getarnt in die Schweiz kommen. Einzelne Fälle hat es bereits gegeben.

LUKAS LEUZINGER
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch

Es ist der Albtraum jedes europäischen Geheimdienstchefs: Terroristen aus dem Nahen Osten oder Afrika tarnen sich als Flüchtlinge und gelangen verdeckt nach Europa. In jüngerer Vergangenheit häuften sich Berichte, dass genau das passiert. Die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) hat bereits vor längerer Zeit angekündigt, ihre Kämpfer unter die Massen von Schutzsuchenden zu schmuggeln und so nach Europa zu

bringen. Medien zitierten Schlepper, die damit prahlten, Terroristen in Booten unterzubringen.

Wie bedrohlich die Situation tatsächlich ist, lässt sich schwer abschätzen. Fakt ist: In die Schweiz sind bereits Personen als Asylsuchende eingereist, welche die Behörden als potenzielle Terroristen einstufen. Dies teilte das Staatssekretariat für Migration (SEM) gegenüber unserer Zeitung mit. «Das SEM hat Kenntnis von Einzelfällen», hiess es auf Anfrage. Nähere Angaben machte das SEM nicht. Bekannt ist, dass die Bundesanwaltschaft gegen vier mutmassliche Unterstützer des IS in der Schweiz Ermittlungen führt. Der Hauptverdächtige ist ein abgewiesener Asylsuchender aus dem Irak. Gemäss einem im Mai veröffentlichten Beschluss des Bundesstrafgerichts kämpfte er bereits im Irak für den IS und wurde «in die

Schweiz ausgeschleust», nachdem er in einem Gefecht verwundet wurde. Wie dies genau passierte, geht aus dem Dokument nicht hervor.

Für die Beurteilung des Sicherheitsrisikos von Asylbewerbern ist der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) zuständig. Dieser gibt allerdings keine Auskunft über Terrorverdächtige, die als Asylbewerber in die Schweiz kommen.

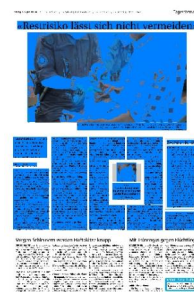
Überprüfung mit Fragekatalog

Bei der Behandlung von Asylgesuchen prüft das SEM jeweils «mittels geeigneter Fragen», ob bei einer Person Ausschlussgründe vom Asylrecht vorliegen könnten, wie das Staatssekretariat mitteilt. Vom Asylrecht ausgeschlossen sind Personen, die «verwerfliche Handlungen» begangen haben oder eine Gefahr für die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz darstellen. Besteht der Verdacht auf einen

Hauptausgabe

Neue Luzerner Zeitung
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 73'088
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 999.217
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 3
Fläche: 75'789 mm²

terroristischen Hintergrund, wird das Dossier an den NDB weitergeleitet. Asylgesuche aus gewissen Staaten, in denen terroristische Organisationen agieren, landen automatisch auf dem Tisch des NDB. Welche Staaten das sind, sagt der Geheimdienst nicht. Er bestätigt lediglich, dass Syrien dazu gehört.

Angaben schwer überprüfbar

Die an den Nachrichtendienst übermittelten Gesuche würden von diesem «detailliert gesichtet und durch eine Abfrage in den NDB-Datenbanken und anderen externen Datenbanken des Bundes überprüft», wie der Bundesrat in seiner Antwort auf eine Interpellation der FDP-Fraktion schreibt, die am Donnerstag veröffentlicht wurde. Bestehen konkrete Hinweise auf terroristische Aktivitäten oder Mitgliedschaft in einer Terrororganisation, wird das Gesuch abgelehnt, und die Person muss die Schweiz verlassen.

Das Problem: Oft reisen Asylsuchende ohne Papiere ein. Daher «steht falschen Identitätsangaben nichts im Wege», schreibt der Bundesrat. Die Angaben, welche die Personen zu ihrer Identität machen, lassen sich nur schwer überprüfen. Denn solange das Asylverfahren läuft, dürfen die Schweizer Behörden keinen Kontakt mit den Behörden des Herkunftslandes aufnehmen, weil das



die Sicherheit der Asylbewerber gefährden könnte. «Ein Restrisiko lässt sich nicht vermeiden», schreibt die Regierung.

Vorkehrungen ungenügend

FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger (Basel-Landschaft), welche die Interpellation ansties, ist mit der Antwort des Bundesrats nur teilweise zufrieden. «Es ist nicht klar, wie detailliert die Informationen sind, auf die sich der

«Der Nachrichtendienst kann nicht auf Vorrat Leute überwachen.»

IDA GLANZMANN, CVP-NATIONALRÄTIN (LUZERN)

NDB stützen kann.» Zudem würde sie gerne wissen, ob der Nachrichtendienst Asylbewerber, die aufgrund von Terrorismusverdacht das Land verlassen müssen, weiter auf dem Radar behält. Schneeberger behält sich vor, dazu mit einem weiteren Vorstoss beim Bundesrat nachzufassen.

Für Schneeberger ist klar, dass die momentanen Vorkehrungen der Schweiz gegen Terroristen, die sich als Flüchtlinge tarnen, ungenügend sind. Aus ihrer Sicht braucht es «bessere Abklärung, Überprüfung und Überwachung». Auch SP-Sicherheitspolitikerin Chantal Galladé (Zürich) betont: «Das Risiko ist real.» Aus ihrer Sicht ist vor allem die Zusammenarbeit des NDB mit ausländischen Geheimdiensten zentral, um Hinweise auf verdächtige Personen zu erhalten.

Für die Luzerner CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann ist es «ganz schwierig», des Problems Herr zu werden. Man könnte die Betreuungspersonen dazu aufrufen, verdächtige Handlungen zu melden, schlägt sie vor. «Der Nachrichtendienst kann hier nicht auf Vorrat Leute überwachen.»

Der Nidwaldner SVP-Nationalrat Peter Keller sieht das Problem grundsätzlicher: «Mit Schengen und einem europäischen

Asylsystem, das nicht mehr funktioniert, ist es absolut unmöglich, eine vernünftige Kontrolle durchzuführen.» Deshalb fordert er eine Sistierung der Asylgesuche, verstärkte Grenzkontrollen und eine «konsequente Rückschaffung» von Asylbewerbern in die Staaten, wo sie zuerst ein Gesuch gestellt haben.

Zweifel an Bericht

NORWEGEN Ikz. Im Juni sorgte ein Bericht der norwegischen Zeitung «Dagbladet» für Aufsehen. Demnach hatte der Geheimdienst bis zu zehn potenzielle Terroristen aus Syrien an der Einreise nach Norwegen gehindert. Sie hätten als Flüchtlinge des UNO-Hilfswerks UNHCR nach Norwegen kommen sollen.

Der Geheimdienst in Oslo äusserte sich damals nicht zu dem Fall. Offenbar ist die Darstellung des «Dagbladet» aber zumindest zweifelhaft. Jedenfalls schreibt der Bundesrat in seiner Antwort auf eine Interpellation der FDP-Fraktion (siehe Haupttext), er könne den Bericht «aufgrund eigener Recherchen nicht bestätigen». Auf Nachfrage präzisiert das Staatssekretariat für Migration (SEM), man habe den Fall bei den «zuständigen Partnerbehörden abgeklärt» und erfahren, «dass sich die angesprochene Berichterstattung als unzutreffend erwiesen» habe. Genauere Angaben machte das SEM nicht.